

Zur Einführung

Für einen Zyniker muss die Diskussion zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt ein gefundenes Fressen sein. Die Politik redet von einem Erfolg des „Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“, der daher fortgesetzt und weiterentwickelt werden soll. Die Wirtschaft habe ihre Selbstverpflichtung 2005 erfüllt, rein rechnerisch habe es für jeden Ausbildungsplatzsuchenden auch ein Angebot gegeben. Wie dies mit der Tatsache zusammenhängt, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um vier Prozent (in den östlichen Bundesländern um 6,5%) zurückgegangen ist, bleibt dem unbefangenen Bürger etwas unklar. Warum sich die Lage stabilisiert habe soll, wenn der derzeit noch stetig wachsenden Zahl von SchulabsolventInnen eine stetig sinkende Zahl von Ausbildungsplätzen gegenübersteht, bleibt ein Geheimnis. Es gibt andere beeindruckende Zahlen, die in die Debatte geworfen werden, um überzeugend darzulegen, dass das Problem im Prinzip erledigt sei, wenn auch - so der Nebensatz - der Teufel noch im Detail stecke. Die Rede ist dann von regionalspezifischen Problemen, insbesondere in den östlichen Bundesländern. Hingewiesen wird auf die wachsende Zahl von Jugendlichen, die in schulischen beruflichen Bildungsgängen unterkämen, die daher vorläufig unter keinen Umständen abgebaut werden dürften. Auch die „leistungsschwächeren“ Jugendlichen werden nicht vergessen. Vorgesehen ist, für diese bemitleidenswerten jungen Menschen weitere Maßnahmen zu entwickeln. Im Gegenzug genehmigt man sich die eine oder andere Vision und verweist für die fitten Jungs und Mädels auf Europa und einzuleitende Schritte hin zu einer Gleichstellung von beruflicher und allgemeiner Bildung.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Jugendarbeitslosigkeit als Thema der Offenen Jugendarbeit	4
„Ich hab gehört, dass es hier Arbeit gibt!“	12
„Wenn die Schule zu Ende geht ...“	20
Jugendcafé Gaston Pirmasens	29
J A M - JobAndMore	36
Offene Kinder- und Jugendarbeit braucht Zukunft	38

Impressum

Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile. **Herausgeber:** Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.), Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart, Tel: 0711/896915-0, Fax: -88. **Verlag:** tb-verlag, Burkhard Fehrlen, Quenstedtstr. 20, 72076 Tübingen, bfehlen@t-online.de, www.tb-verlag.de.

Redaktion: Thea Koss, Burkhard Fehrlen.

Verantwortlich für die Anzeigen: Burkhard Fehrlen.

Offene Jugendarbeit erscheint 4x jährlich. Einzelpreis 6 Euro (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement 15 Euro (incl. Versandkosten). Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg.

ISSN 0940-2888

tb-verlag, tübingen
07071/254663
www.tb-verlag.de

Die Arbeitgeber sind in ihrer Diktion etwas deutlicher. Selbstverständlich loben auch sie den Erfolg des Ausbildungspaktes. Entgegen der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sei es gelungen, in den letzten beiden Jahren die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu „stabilisieren“, obwohl Auszubildenden natürlich viel zuviel bezahlt werden müsse. Immerhin gestehen sie ein, dass eine beträchtliche Anzahl von Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz gesucht haben, leer ausgegangen seien. Allerdings habe es am Ende eben trotzdem noch mehr unbesetzte Lehrstellen gegeben, als nachfragende Jugendliche.

Jenseits dieses (Selbst-)Lobs vertreten sie aber wie gewohnt mehr oder weniger dreist ihre Interessen. Ihre Schelte gilt dabei der Bildungspolitik, die einen viel zu hohen Output an Jugendlichen habe, die schlicht und einfach nicht geeignet seien für eine betriebliche Berufsausbildung. Die von der Politik gelobten Möglichkeiten einer Berufsausbildung außerhalb des „dualen Systems“ werden kritisiert, mangels Kooperation mit der Wirtschaft sei die Ausbildung dieser Menschen, gemessen an den Anforderungen des Arbeitsmarktes, meist ungeeignet. Gelobt wird wiederum, dass durch das neue Berufsbildungsgesetz die Probezeit für Auszubildende von drei auf vier Monate verlängert worden sei. Andererseits: Ein unerhörtes Problem für die Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätze sei es, dass sich die Übernahme der Jugendlichen nach der Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis nicht an der Leistung orientieren dürfe. Denn schließlich müssten Azubis, die sich in der Auszubildendenvertretung engagiert hätte, bevorzugt übernommen werden.

Ansonsten ist man auf dieser Seite des Zaunes voller Hoffnung: „Zu begrüßen ist, dass im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD ... vereinbart wurde, dass der Ausbildungspakt verlängert wird. Dabei gilt es, neue Schwerpunkte zu setzen. Neben der Mobilisierung von Lehrstellen bietet die Zusammenarbeit im Pakt Chancen zur Integration von mehr leistungsschwächeren Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung. Ansatzpunkte sind die Reduzierung der Ausbildungskosten insbesondere durch die Fle-

xibilisierung der Ausbildungsvergütungen, die weitere Differenzierung des Ausbildungsspektrums und die Schaffung neuer Berufe entsprechend der Anforderungen der betrieblichen Praxis.“ (Berufsbildungsbericht 2006 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung).

In den Äußerungen der Gewerkschaften ist Sachverstand gepaart mit Verzweiflung spürbar. Der von Politik und Arbeitgeber gefeierte Erfolg des Ausbildungspaktes basiere auf „frisierten“ Zahlen. Inzwischen würden wohl mehr Jugendliche in schulische Warteschleifen oder in eine berufliche Grundausbildung außerhalb der Betriebe abgeschoben, als das duale System aufzunehmen bereit sei. Immer höher werde dabei der Anteil jener schulischen Angebote, die zu keiner anerkannten beruflichen Qualifizierung führten. Nur dadurch könne die Zahl der offiziell als arbeitslos geltenden jungen Menschen unter 20 Jahren relativ niedrig gehalten werden. Offen bleibe, ob diese Jugendlichen jemals die Chance erhielten, in eine berufliche Ausbildung einzusteigen. Der Anteil der Jugendlichen, die in den letzten Jahren dauerhaft ohne qualifizierten Berufsabschluss geblieben seien, liege bei deutschen Jugendlichen bei elf Prozent, bei Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 37%. Mit mangelnder Ausbildungsreife habe dies nichts zu tun, solange lediglich ein Viertel der Betriebe überhaupt ausbilden würde. Eingeräumt wird, dass es Probleme gebe, zurückgewiesen wird aber deren Individualisierung oder Privatisierung. Schuld daran seien nicht die Eltern und die Jugendlichen, vielmehr sei es eine gesellschaftliche Aufgabe, die Jugendlichen so zu fördern, dass sie ihren beruflichen Werdegang aktiv selbst gestalten können. Bei vielen Maßnahmen, auch bei der vielgelobten Entwicklung neuer Ausbildungsberufe, bleibe häufig die Qualität auf der Strecke. Die Erwartung, dass die Einführung „theoriegeminderter“ zweijähriger Ausbildungsberufe zu neuen Ausbildungsplätzen führen werde, habe sich nicht erfüllt.

Soweit einige Streiflichter zu Äußerungen und Stellungnahmen zum „Berufsbildungsbericht 2006“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Etwas fassungslos muss man zur Kenntnis nehmen, wie Politik und Arbeitgeber

die Realität schönrechnen. Ansonsten gibt es bei den Arbeitgebern klare Hinweise darauf, dass man in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgehen möchte, in die Zeiten, in denen es außer in den Stadtstaaten Berlin und Bremen keine umfassenden gesetzlichen Regelungen zur beruflichen Bildung gab, kein Berufsbildungsgesetz. Die Jugendlichen, um die es geht, sind letztlich nicht sichtbar.

Mit diesen jungen Menschen sind aber die MitarbeiterInnen in den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit tagtäglich konfrontiert. Mit SchülerInnen der 8. und 9. Klassen der Hauptschulen - inzwischen auch mit SchülerInnen der Abschlussklassen der Realschulen -, die keinen Plan für die Zeit nach der Schule haben, und mit SchülerInnen, die ihre 50. Bewerbung geschrieben haben. Sie sind konfrontiert mit Jugendlichen, die nach wenigen Wochen Ausbildung am liebsten alles wieder hinschmeißen würden. (Dass dies keineswegs allein ein Problem unserer HauptschülerInnen ist, zeigt die große Zahl der Studienabbrecher.) Sie treffen täglich Jugendliche, die ihre Berufsausbildung mit durchaus ordentlichen Leistungen abgeschlossen haben und jetzt auf der Straße sitzen. (Aber wie wir gesehen haben, ist daran ja das Betriebsverfassungsgesetz schuld.) Unsere Untersuchungen zur „Topographie der offenen Kinder- und Jugendarbeit“ in Baden-Württemberg (2002) haben ergeben, dass 90% der Einrichtungen von Jugendlichen aus Abschlussklassen besucht werden, 70% von arbeitslosen Jugendlichen, die es angeblich in so großer Zahl ja gar nicht gibt. 80% der Einrichtungen mit hauptamtlichem Personal unterstützen diese Jugendlichen gezielt, vor allem mit Beratungsangeboten (75%), beim Schreiben von Bewerbungen (71%) und mit Bewerbungstrainings (32%). Bei den Einrichtungen, die ehrenamtlich betrieben werden, sind die Zahlen natürlich längst nicht so hoch, aber immer noch beeindruckend. Fast vierzig Prozent der Einrichtungen mit hauptamtlichem kooperieren in diesem Zusammenhang mit den Schulen. Auch aufwändige Einzelfallhilfe wird trotz Personalknappheit häufig geleistet (Fehrlen, Koss, Topographie der offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg, Leinfelden 2003, S. 37 und S. 221 ff).

Auf diesem Hintergrund war es naheliegend, das „Thema“ Jugend und Beruf wieder einmal aufzugreifen und Kolleginnen und Kollegen zu bitten, über ihre Arbeit hier zu berichten.

Zu den einzelnen Beiträgen:

- Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur ein deutsches Problem. Aus Wien berichten die Kollegen Richard Krisch und Andreas Oehme von jugendalltags-tauglichen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und Aktionen - zur Nachahmung empfohlen.
- Was alleine nicht mehr zu bewältigen ist, kann in Kooperation gelingen! Das Jugendhaus Schönau und das Jobcafé in Mannheim zeigen, wie es funktioniert. Die AutorInnen sind Monika Hoffmann und Stefan Ronellenfitsch.
- Wenn der lockere Jugendhausmitarbeiter plötzlich zum Chef mutiert, ist mal wieder ein Planspiel angesagt im Reutlinger Jugendhaus Ariba. James Kimmich gibt Einblick in ein Seminar, bei dem zwischendurch die Köpfe rauchen.
- Die Vorteile von Vernetzung und Kooperationen präsentieren Manfred Vogel und Peter Concernius vom Jugendcafé Pirmasens. Ihre Klientel besteht unter anderem aus Schulschwänzern
- Abschließend stellen die AGJF Baden-Württemberg, das Partitatische Jugendwerk Baden-Württemberg und das gemeinnützige Beschäftigungsunternehmen SBR das Konzept eines Beschäftigungsprojekts für arbeitslose Jugendliche vor, das vor einigen Wochen gestartet wurde.

Danach verlassen wir das Thema dieses Heftes, „Schule, Ausbildung, Beruf“. Die AGOT-NRW, eine der Mitgliedsorganisationen der Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendeinrichtungen, stellt unter dem Motto „Offene Kinder- und Jugendarbeit braucht Zukunft!“ das Kinder- und Jugendförderungsgesetzes - KJFöG NRW - und einen Leitfadens für die Umsetzung auf der örtlichen Ebene vor.